

"Futures Studies" in Schweden: Vom Sekretariat zum Institut

Herbert Paschen

Vollständige bibliographische Angaben

Paschen, Herbert:

"Futures Studies" in Schweden: Vom Sekretariat zum Institut. In: Petermann, Th. (Hrsg.): Technikfolgen-Abschätzung als Technikforschung und Politikberatung. Frankfurt u. a.: Campus 1992, S. 193-208 (Veröffentlichungen der Abteilung für Angewandte Systemanalyse (AFAS), Bd. 1)

Hinweis zur vorliegenden Kopie

Für die vorliegende elektronische Kopie wurde das Original eingescannt und mit OCR-Software (Optical Character Recognition) bearbeitet. Das angezeigte Seitenabbild entspricht unter Berücksichtigung der Qualitätseinbußen beim Scannen dem Buchlayout. Durch die OCR-Software wurde zusätzlich die Durchsuchbarkeit des Textes ermöglicht. Auf Grund einer gewissen Fehleranfälligkeit des Verfahrens kann keine Garantie gegeben werden, dass der so erzeugte Text hundert Prozent mit dem Originaltext identisch ist. Mit Fehlern muss gerechnet werden. Eine intellektuelle Kontrolle des OCR-Ergebnisses hat nicht stattgefunden. Wird Text aus dem Dokument kopiert, basiert der exportierte Text auf dem OCR-Ergebnis und kann deshalb ebenfalls Fehler enthalten.

"Futures Studies" in Schweden: Vom Sekretariat zum Institut

Herbert Paschen

Vorbemerkung

Der Begriff Technology Assessment wird in Schweden wenig verwendet. Das TA-Konzept, wie es seit Mitte der 60er Jahre - ausgehend von den USA - für die systematische, antizipative und breit angelegte Analyse und Beurteilung der Auswirkungen des Technologieinsatzes entwickelt wurde, hat sich in Schweden nicht durchsetzen können. Eine Institution, die sich explizit mit der Planung, Finanzierung und Durchführung von TA-Analysen (im engeren Sinne) befaßt, gibt es nicht.

Es wäre jedoch völlig verfehlt, hieraus auf eine geringe Sensibilität für die mit der wissenschaftlich-technischen Entwicklung verbundenen Probleme zu schließen. Im Gegenteil: das Bewußtsein für die Notwendigkeit eines umsichtigen und langfristig vorausschauenden Umgangs mit technischen Entwicklungen, für den zunehmenden Bedarf an gesellschaftlicher Steuerung des technischen Fortschritts unter Berücksichtigung auch anderer als ökonomischer und ökologischer Auswirkungen ist in Schweden besonders hoch entwickelt (FRIEDRICH/HÅRD 1991). Dies manifestiert sich nicht zuletzt in der gegen Ende der 60er Jahre einsetzenden, auch von schwedischen Politikern zeitweise sehr engagiert geführten Debatte über Notwendigkeit, Funktion und Institutionalisierung von "Zukunftsstudien". Zentrale Elemente solcher Untersuchungen sind nach schwedischem Verständnis:

- der weite Spielraum bei der Identifizierung alternativer politischer, ökonomischer, gesellschaftlicher und technischer Entwicklungen und der Analyse von Handlungsmöglichkeiten, insbesondere in der Langfristperspektive;

- die breite, sektor- und disziplinenübergreifende Betrachtungsweise;
- die Explizierung zugrundeliegender Werte und Normen;
- das Anstoßen von Diskussions-, Kommunikations- und Lernprozessen unter breiter Beteiligung von Interessenten und Betroffenen (Verstärkung demokratischer Prozesse).

Nach seiner Gründung Anfang 1973 hat das schwedische Secretariat for Futures Studies (ab 1987: Institute for Futures Studies) eine wichtige Rolle bei der Planung und Durchführung von "Zukunftsstudien" und bei der Verbreitung ihrer Ergebnisse gespielt. Eine Analyse der zahlreichen Projektberichte macht deutlich, daß die "Zukunftsstudien" des Sekretariats und "Technology Assessments", vor allem des problemorientierten Typs, durchaus viele Gemeinsamkeiten aufweisen. Mitarbeiter des Sekretariats haben selbst wiederholt auf solche Gemeinsamkeiten und Überschneidungen hingewiesen. Im übrigen hat sich das Sekretariat in der ersten Hälfte der siebziger Jahre sehr intensiv in die internationale TA-Diskussion eingeschaltet, z.B. im Zusammenhang mit einer OECD-Initiative zum Thema "Management and Control of Technology" (1973). Auf dem internationalen Symposium "Die Rolle der Technikfolgenabschätzung im Entscheidungsprozeß" in Bonn im Jahre 1982 stellte das Sekretariat zwei seiner Studien vor: "Care in Society" und "Solar Sweden" (UMWELTBUNDES-AMT 1983).

Die Geschichte des Secretariat for Futures Studies ist - unter anderem - gekennzeichnet durch wiederholte organisatorische Veränderungen, teilweise verbunden mit programmatischen Neuorientierungen. Diese Veränderungen waren zum Teil das Resultat formaler Bewertungen durch speziell für diese Aufgabe eingerichtete Gremien.

I. Das Secretariat for Futures Studies: Gründungsprozeß und Phase der Anbindung an das Amt des Premierministers

Im Mai 1971 beschloß die schwedische Regierung, eine Arbeitsgruppe für Zukunftsforschung (working party on futures research) unter dem Vorsitz von Alva Myrdal, einer einflußreichen sozialde-

mokratischen Politikerin, einzusetzen. Ursprünglich sollte diese Arbeitsgruppe einen Bericht für das Government Research Advisory Board erarbeiten. Kurz nach ihrer Einsetzung erhielt sie jedoch den Status einer Regierungskommission (government commission) mit Berichtspflicht gegenüber dem Ministerpräsidenten.

Aufgabe der Myrdal-Kommission war es,

- "to explore and evaluate methods and procedures for future studies",
- "to compile and evaluate current future research of domestic and above all foreign origin",
- "to assess the manpower situation for Swedish activity in future studies",
- "to identify problem areas, which appear to be especially well suited to Swedish future studies"¹.

Im August 1972 wurde der Bericht der Kommission - To Choose a Future² - vorgelegt. In dem Bericht wurde ein "schwedisches Konzept für Zukunftsstudien"³ entwickelt. Als Ergebnis einer Kommissionsempfehlung wurde Anfang 1973 ein *Secretariat for Futures Studies* als temporäre Einheit im *Cabinet Office* (Amt des Premierministers) eingerichtet.

Die Einsetzung der Myrdal-Kommission durch die schwedische Regierung war nicht zuletzt auch eine politische Reaktion auf die über die Schwedische Akademie für Ingenieurwissenschaften (IVA) laufenden Bemühungen der Wirtschaft, ein Institut für Zukunftsforschung zu schaffen, dessen Arbeit sich deutlich an den Interessen der Privatindustrie orientieren sollte. Ein entsprechender Vorschlag war 1969 von einem Akademie-Ausschuß aus Vertretern von Industrie und Wissenschaft vorgelegt worden. Opposition gegen diesen Vorschlag kam vor allem seitens der Gewerkschaften und der regierenden Sozialdemokraten, die (damals) offenbar mit dem Konzept der Zukunftsstudien die Vorstellung einer aktiveren politischen Entwicklungssteuerung verbanden. Die dann von der Myrdal-Kommission vorgeschlagene Lösung einer Institutionalisierung von Zukunftsstudien im Zentrum der politischen Macht, dem Amt des Premierministers, entsprach offensichtlich weit mehr den Wünschen zumindest der sozialdemokratischen Regierung. 'Machtfragen' spielten also - neben anderen Faktoren - von Anfang an eine Rolle in der schwedischen Diskussion über Zukunftsstudien.

Das Sekretariat hatte immer nur einen kleinen Stab fester Mitarbeiter. Die konkrete Projektarbeit wird in der Regel (dies gilt auch heute noch) von externen Projektgruppen mit weitgehend unabhängigem Status durchgeführt. Das Sekretariat übernimmt dabei koordinierende und unterstützende Funktionen.

Ab 1974/75 wurden breit angelegte "Zukunftsstudien" zu folgenden Themen in Angriff genommen:

- Energy and Society
- Resources and Raw Materials
- Sweden in the World Society
- Working Life in the Future.

Das Sekretariat sollte zu einem *besseren Verständnis langfristiger Optionen* in Bereichen von erheblichem öffentlichem Interesse und mit weitreichenden Auswirkungen beitragen und dabei eine zweifache Rolle übernehmen:

- Es sollte dazu beitragen, die Informationsbasis für die Politik der Regierung in solchen Bereichen zu verbessern, und
- das öffentliche Problembewußtsein fördern und die Beteiligung der Öffentlichkeit an der Diskussion über mögliche Zukünfte stimulieren.

Die zuletzt genannte Rolle wurde vom Sekretariat sehr ernst genommen. Das In-Gang-Setzen öffentlicher Debatten wurde für wichtiger erachtet als das Schreiben von Berichten. Das Sekretariat war in dieser Phase bestrebt, "to combine its central political location with a high degree of openness in its work"⁴.

Es erwies sich bald, daß die Wahrnehmung beider Rollen bzw. Aufgaben zu Spannungen und Kritik führen mußte. Von manchen Beobachtern wurde das Sekretariat als "Botschafter der alternativen sozialen Bewegungen innerhalb der Administration" bezeichnet.

Die Oppositionsparteien verlangten angesichts der hohen öffentlichen Aufmerksamkeit, die das Sekretariat überraschend schnell gewinnen konnte, einen besseren Einblick in - und einen stärkeren Einfluß auf - die Aktivitäten des Sekretariats. Das Ergebnis war, daß dem Sekretariat im Jahre 1974 eine "parliamentary reference group" als eine Art Kontrollorgan zugeordnet wurde.

Kritik am Sekretariat kam auch aus dem Regierungsapparat, vor allem in Zusammenhang mit der Planung des Projekts "Ener-

gy and Society", das von allen Untersuchungen des Sekretariats wohl die größte Publizität - auch international - erhalten hat, wenig verwunderlich angesichts der Ölkrise von 1973/74 und der enormen politischen Rolle, die das Energieproblem in den 70er Jahren in Schweden spielte. Das Industrieministerium sah überhaupt keinen Bedarf an einer zusätzlichen Policy-Studie zu diesem Thema. Später wurde dagegen protestiert, daß ein Projektvorschlag des Sekretariats bereits öffentlich verbreitet und diskutiert wurde, bevor er den routinemäßigen detaillierten Beurteilungsprozeduren der Ministerien unterworfen worden war. Erste Kritik gab es auch am "non-mainstream character" mancher Projekte des Sekretariats.

II. Die Phase der Anbindung des Sekretariats an das Ministry of Education (ab 1975) und an den Swedish Council for Planning and Coordination of Research (ab 1980)

Aufgrund von Veränderungen in der politischen Machtbalance - es gab ein Patt im Reichstag zwischen den sozialistischen und den nicht-sozialistischen Parteien - gelang es der Opposition 1975, das Sekretariat vom Zentrum ein Stück weit an die "Peripherie der Macht" zu drängen. Es wurde - auch mit Zustimmung der Sozialdemokraten - in Form einer Regierungskommission mit einem parteienübergreifenden "parliamentary board" an das Ministry of Education angegliedert.

Der nächste Schritt der Verdrängung des Sekretariats aus dem "Zentrum der Macht" erfolgte 1979/80 durch eine liberale Minderheitsregierung mit Zustimmung einer Parlamentsmehrheit aus Liberalen, Sozialdemokraten und Kommunisten: das Sekretariat wurde dem *Swedish Council for Planning and Coordination of Research (FRN)* unterstellt, einer seit 1977 bestehenden Einrichtung im schwedischen Forschungs- und Entwicklungssystem, dessen Aufsichtsgremium Vertreter der Forschungsräte (research councils), der politischen Parteien und verschiedener Interessengruppen angehören.

Ab 1977/78 startete das Sekretariat seine zweite 'Generation' von Projekten, z.B. zu den Themen Care in Society, Sweden in a

New International Economic Order, The Vulnerable Society and Society and the Forest.

In den 80er Jahren folgten weitere Projekte, zum Beispiel *Municipalities and the Future, Every-day Life and the World, Sweden and Europe*.

Die geschilderten organisatorischen Veränderungen, von denen das Sekretariat ab 1975 betroffen war, sind sicher nicht zuletzt auch das Ergebnis von Verschiebungen in den politischen Machtverhältnissen gewesen. Allerdings wird von Kennern der 'Zukunftstudien-Szene' konstatiert, daß das politische Interesse an Zukunftsstudien ab Mitte der 70er Jahre in Schweden ganz allgemein deutlich zurückging, so daß die politischen Auseinandersetzungen um die organisatorische Verortung des Sekretariats nie mit besonderer Schärfe geführt wurden. Wie Staffan Laestadius, jetzt leitender Mitarbeiter des 1987 gegründeten Institute for Futures Studies, und Hans Glimell ausführlich beschrieben haben⁵, änderten sich auf breiter Front die intellektuellen und politischen Grundströmungen, die bis in die 70er Jahre hinein ein günstiges Klima für den schwedischen Typ von Zukunftsstudien geschaffen hatten: "loss of confidence in forecasting; weakening role of social movements, above all environmentalism; decline of social reformism".

Vor allem der Schritt der Unterstellung unter den FRN bedeutete für das Sekretariat eine weitgehende Einbuße an direkten politischen Einflußmöglichkeiten. Es reagierte mit einer weiteren Verstärkung seiner zweiten Rolle, nämlich der, das öffentliche Problembewußtsein und die Beteiligung der Öffentlichkeit an der Debatte über mögliche zukünftige Entwicklungen zu stimulieren. Als neue Interessenschwerpunkte hervorgehoben wurden unter anderem Studien "on the local and community level" und über "issues concerned with changing value assumptions"⁶.

Die 'geschützte Stelle' beim FRN bedeutete natürlich auch eine größere Nähe zur "scientific community", wenn auch die Mitarbeiter des Sekretariats weiterhin keinesfalls als 'reine Wissenschaftler' gesehen werden wollten.

III. Die Evaluation des Sekretariats durch ein internationales Experten-Panel

Anfang 1984 berief der FRN im Auftrag der schwedischen Regierung ein internationales Experten-Panel mit dem Auftrag, das Secretariat for Futures Studies unter inhaltlichen, methodischen und institutionellen Gesichtspunkten zu evaluieren. Das Panel legte seinen Bericht im August 1984 vor⁷⁾.

Die drei Panel-Mitglieder entwickelten ein analytisches Konzept, das es ermöglichen sollte, einerseits die abgeschlossenen Arbeiten des Sekretariats zu bewerten und andererseits mögliche zukünftige Ausrichtungen des Sekretariats zu diskutieren. Basis war eine Klassifikation von fünf Typen "gesellschaftlich relevanten Wissens":

- Inventories of existing knowledge
- Problem-oriented, long-range scholarship
- Policy analysis
- Service- or community-oriented studies
- Dissemination and information activities.

Ihr weiteres Vorgehen beschrieben die Panel-Mitglieder so:

"If, then, we can safely qualify futures studies as a form of societally relevant knowledge, we need to ask what kinds of societally relevant knowledge have been produced by the Secretariat for Futures Studies. What have been its distinctive and unique contributions? Further, where will they lie in the future? To what extent do these contributions match the visions initially spelled out as well as the reformulations of the original mandate? And, perhaps most fundamental for this evaluation, to what extent have changes in the institutional and intellectual contexts of the Secretariat - to which the Secretariat has continuously had to adapt itself - affected the potentials of the Secretariat to serve not only in a qualitatively acceptable, but in a truly distinctive, exemplary fashion? To answer these questions, we must juxtapose the Secretariat's history of research projects with the societally relevant knowledge paradigm presented in Chapter 2. That is, we must examine how the Secretariat's research experiences jibe with the five SRK categories."⁸

Das Ergebnis des Bewertungsprozesses haben Glimell und Laestadius wie folgt zusammengefaßt:

"The recommendations arrived at were not in favour of a continuation along the lines developed by the Secretariat. Judged on the first three categories of the evaluation framework, the Secretariat was considered to lack the necessary interest or competence needed for a renewed mandate. As far as the fifth category (dissemination and information activities) was concerned, other delegations within the FRN were regarded as the most appropriate body".

"In one category only, local or community-oriented studies, there was a favourable judgment of the role that the Secretariat could play in the years to come. The panel recommended that the Secretariat be assigned resources for two more years, to give it the chance of establishing itself as an internationally recognized centre of excellence in the field of service- and community-oriented studies. If the Secretariat was unsuccessful, it was to be dismissed (or, as the panel put it, 'a dissolution strategy should be adopted')"⁹.

Die sehr kritische Analyse des Experten-Panels stieß ihrerseits auf Kritik. Vertreter des FRN erklärten, die Einleitung des Evaluationsprozesses sei zwar im Prinzip richtig gewesen, um dem Sekretariat zu einem neuen Gleichgewicht zwischen politischer Relevanz, wissenschaftlicher Qualität und Unabhängigkeit zu verhelfen, der Bericht des Panels sei aber "zu kritisch" und "zu wissenschaftlich" (d.h. zu unpolitisch) gewesen.

Hans Glimell and Staffan Laestadius merkten kritisch dazu an¹⁰:

- das Panel habe eine bestimmte Tradition der "policy research" vertreten;
- es habe daher bestimmte Dimensionen, die bei qualitativen Zukunftsstudien eine Rolle spielen, weitgehend vernachlässigt;
- es habe wegen finanzieller und zeitlicher Restriktionen keine kohärente empirische Analyse der tatsächlichen Aktivitäten des Sekretariats und ihrer Auswirkungen durchführen können;
- es sei erstaunlich, daß nach Auffassung des Panels die zukünftige Arbeit des Sekretariats auf einem Gebiet liegen solle (service- und community-oriented studies), auf dem bis zum Zeitpunkt der Panel-Bewertung das Sekretariat noch überhaupt keine größere Arbeit veröffentlicht habe.

Das Sekretariat selbst war von dem negativen Tenor des Berichts sehr überrascht. Angesichts seiner internationalen Reputation hatte es damit offenbar nicht gerechnet.

IV. Die Evaluation des Secretariat For Futures Studies durch eine Government Commission on Futures Studies

Die schwedische Regierung war nicht bereit, die Empfehlungen des Experten-Panels ohne weiteres zu akzeptieren. Sie ernannte eine *Commission on Futures Studies* aus Vertretern von Regierung, Parlament, Wissenschaft und Interessengruppen, die eine weitere gründliche Analyse auf breiterer empirischer Basis durchführen sollte. Die Kommission nahm im Frühjahr 1985 ihre Arbeit auf und legte im Herbst 1986 ihren Bericht vor. In diesem Bericht wurde unter anderem empfohlen:

- den Bereich der Zukunftsstudien neu zu organisieren und ein Institut einzurichten, das ein hohes Maß an Unabhängigkeit haben sollte,
- dieses Institut zu ermutigen, eine starke internationale Orientierung anzustreben,
- die finanzielle Förderung von Zukunftsstudien zu verstärken und
- mehr Vertragsforschung auf diesem Gebiet zu stimulieren¹¹.

In dem bereits mehrfach zitierten Artikel von Hans Glimell und Staffan Laestadius, die beide dem Stab der Kommission angehörten, werden wesentliche Motive für diese "Flucht nach vorne" angegeben:

- *"Many of the old problems from the 1960's and 1970's are still unsolved. (...) A small, rich country like Sweden must maintain a capacity for a globally responsive and critical long-term analysis."*
- *"The great problems facing mankind are never sectoral or unidisciplinary. The recent efforts in Swedish science policy, with the aim of going back to basics, therefore provide further arguments for supporting environments that develop a capacity for synthesizing science."*
- *"The so-called Swedish model of social and economic policy is in a period of transition. (...) The new Institute proposed should carry out a major project on the possibilities of coming structural changes in Sweden and should identify challenges, promises and threats. The project is supposed to provide an input to a*

deepened public discussion concerning the choices within the general scenario."

- *"The committee also notes a revival of futures studies, although labelled differently, on the international level. This awakening interest is directed towards analytical foresight activities rather than forecasting. The new focus, qualitative rather than quantitative, is in line with the kind of methodological approaches developed by the Secretariat. This new interest, however, is largely directed towards technology policy, i.e., foresight and assessment of science and technology and its link with social change."*
- *"By suggesting an independent institute, which is unusual in Sweden, the committee takes the position that intellectual heresies also necessitate institutional strength."*¹²

V. Das Institut für Zukunftsstudien (Institute for Futures Studies)

Die Empfehlungen der Government Commission on Futures Studies wurden von Regierung und Parlament positiv aufgenommen. Im Juni 1987 stimmte das Parlament einem Vorschlag der Regierung zur Gründung eines *unabhängigen Institute for Futures Studies* mit dem rechtlichen Status einer *Stiftung* zu. Das Institut nahm Anfang 1988 die Arbeit auf. Glimell und Laestadius beschreiben das vorgesehene Aufgabenspektrum des Instituts so:

*"The Institute is supposed to engage both in broad foresight activities and in deep and penetrating projects. It is to be a centre for the development of methodology in long-term and future-oriented analysis. Added to this, the parliamentary decision demands that the Institute should have a strong public orientation in its work. That may include a report on future-oriented problems presented to the government annually."*¹³

Das Institut erhält gegenwärtig eine jährliche Grundzuwendung vom Parlament in Höhe von 11 Mio. Kronen. Dieser Betrag macht den weitaus größten Teil des Institut-Budgets aus. Es wird angestrebt, die Grundfinanzierung in Zukunft auf ca. 2/3 des Haushalts zu begrenzen und mehr Mittel von externen Auftraggebern einzu-

werben. Aus der Wirtschaft kommen zur Zeit nur geringfügige Beträge.

Staffan Laestadius glaubt, daß die "Flitterwochen" des Instituts etwa 5 Jahre dauern werden und daß danach der "Kampf um das Geld" ernsthaft einsetzen werde.

Das Institut hat gegenwärtig 9 feste Mitarbeiter. Die Projekt-Teams bestehen zum großen Teil aus zeitlich befristet, nur für das jeweilige Projekt eingestelltem Personal. Eine typische Projektgruppe des Instituts umfaßt 3-6 Personen.

Das Präsidium (board) ist besetzt mit Vertretern aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und den Gewerkschaften, die öffentlich nominiert und von der Regierung ernannt werden. Es faßt selbstständig Beschlüsse zum Arbeitsprogramm des Instituts.

Die wichtigste - Ende der achtziger Jahre noch laufende - Untersuchung des Instituts war das Projekt "*Bio-Society*". Das noch vom Secretariat for Futures Studies initiierte Projekt "*Future Social Movements*" dürfte beendet sein. Geplant waren unter anderem Projekte zu den Problemkreisen "*Mass Diseases of the Future*" und "*Information, Knowledge, and Communications of the Future*".

Der Arbeits- und Forschungsplan des Instituts unterscheidet augenblicklich zwei Kategorien von Aktivitäten: Zum einen grundsätzlich und langfristig angelegte methodologische und philosophische Projekte, zum anderen strategisch-handlungsorientiert konzipierte Studien. Letztere dominieren das Programm. Diese Studien werden als interdisziplinäre Forschungsprojekte durchgeführt und zielen auf Bereiche mit hohem strategischen Entscheidungsbedarf in den neunziger Jahren. Drei Hauptgebiete werden bearbeitet:

- Leben und Gesundheit
- Arbeit und Gesellschaft in Schweden
- Schweden im globalen Kontext.

Die zuerst genannte Kategorie grundlegender methodologischer und philosophischer Fragen wird nicht in Projekten abgearbeitet. Vielmehr werden Themen wie 'Methodologie von Zukunftsstudien' oder 'Risk Management' im Rahmen von Seminaren oder Symposien, und zwar in Zusammenarbeit mit nationalen und internationalen Universitäts- und Forschungseinrichtungen, abgehandelt.

Die Nachfolge-Einrichtung des Secretariat for Futures Studies ist, wie geschildert, völlig *außerhalb des politischen Bereichs* ange-

siedelt. Formale Verknüpfungen zu diesem Bereich bestehen nur über den Finanzierungsmodus - wobei aber eine Verstärkung der Finanzierung über Projekte angestrebt wird - und das Verfahren zur Ernennung der Mitglieder des Präsidiums.

Komplementär dazu soll offenbar die *"Wissenschafts-Orientierung"* des Instituts verstärkt und die wissenschaftliche Qualitätskontrolle verschärft werden (z.B. über die wissenschaftlichen Mitglieder des Präsidiums). Die Aktivitäten des Instituts sollen Staffan Laestadius zufolge - jedenfalls in bestimmten Bereichen - stärker *"mainstream-orientiert"* sein.

Die *Relevanz für die öffentliche Diskussion und für politische Entscheidungsprozesse* ist aber nach wie vor ein wichtiges Auswahlkriterium für die zu bearbeitenden Themen und Projekte. Dies verdeutlicht die folgende, vom Direktor des Instituts, Åke E. Andersson, vorgeschlagene Kriterienliste¹⁴:

"The Institute should prescribe a number of conditions which should be satisfied before it chooses to engage in any study. Prerequisites for taking part in futures studies could be:

- *Relevance for strategic public debate and policy making.*
- *Collectiveness of the consequences of possible decisions within the field of the study.*
- *Complexity of relationships and consequences, thus enhancing the traditional assessment of probability and risk.*
- *A genuine uncertainty, at least initially, about relationships between decisions within the field of study, and their consequences both within and outside this field."*

Es ist sicher noch viel zu früh, ein Urteil darüber abzugeben, inwieweit es diesem unabhängigen Institut gelingen wird, über einen längeren Zeitraum die für sein Überleben notwendige Unterstützung einflußreicher politischer und sonstiger Akteure zu gewinnen. Jedenfalls scheint das Institut eine recht erfolgreiche Startphase gehabt zu haben. Im Mai 1989 im 'Umfeld' des Instituts geführte Gespräche ergaben ein überwiegend positives Bild.

Vor allem das schwedische *Parlament* scheint mit der neuen organisatorischen Form und der inhaltlichen Ausrichtung des Instituts für Zukunftsstudien zufrieden zu sein. Die folgenden Kommentare wurden von den Reichstagsabgeordneten Frau Prof. B. Westerholm (Folkpartiete) und Frau Y. Sandberg-Fries (Socialdemokraterna¹⁵) gemacht¹⁶:

- Das Institut habe sich bereits einen sehr guten Namen erworben. Die Ergebnisse von Projekten wie "Bio-Society" und "Mass Diseases of the Future" werde man im Parlament sicher intensiv diskutieren und zu Anträgen an die Exekutive nutzen. Das Parlament sei an solchen disziplinenübergreifenden synthetisierenden Analysen zunehmend interessiert.
- Über die Auswahl und Durchführung der Projekte des Instituts habe es bisher keinerlei Konflikte gegeben.
- Die große Mehrheit des Parlaments begrüße es, daß diese zentrale Einrichtung für Zukunftsstudien nunmehr frei, ungebunden und damit auch für nicht-politische Interessenten arbeiten könne. Eine organisatorische Anbindung an das Parlament sei zwar diskutiert, dann aber verworfen worden. Das Interesse des Parlaments sei ja auf jeden Fall über sein Mittelbewilligungsrecht gesichert. "Sicherstellung des Primats der Politik" sei im übrigen in diesem Zusammenhang nie ein Thema gewesen.
- Positiv zu bewerten sei auch die für schwedische Verhältnisse unkonventionelle Art der Besetzung des Präsidiums (board). Man sei bestrebt, Persönlichkeiten aus verschiedenen Bereichen und mit ganz unterschiedlichen Lebenshintergründen zu gewinnen, die diese Aufgabe aus persönlichem Engagement und Interesse wahrnehmen und nicht, weil sie von irgendeiner Organisation entsandt werden.
- Mit der Gründung des Instituts für Zukunftsstudien sei nunmehr die Notwendigkeit von Zukunftsstudien ausdrücklich bestätigt worden. Dies sei keineswegs selbstverständlich gewesen; es habe darüber erhebliche Debatten (Streit zwischen "klassischer" und "neuer" Wissenschaft) gegeben.

Schlußbemerkung

Der "Institutionalisierungsprozeß" mit dem Ausgangspunkt der Gründung des Secretariat for Futures Studies als temporäre Einheit im Prime Minister's Office (1973) und dem (vorläufigen) Endpunkt der Gründung eines unabhängigen Institute for Futures Studies mit dem rechtlichen Status einer Stiftung (1987/88) ist durch einen deutlich erkennbaren *Trend* gekennzeichnet, der sich so beschreiben läßt:

- Einerseits schrittweise Verdrängung des Sekretariats aus dem "Zentrum der politischen Macht" an die "Peripherie" und als Folge immer stärkere Begrenzung der Möglichkeiten direkter Einflußnahme auf politische Entscheidungsprozesse;
- andererseits zunehmende institutionelle Eigenständigkeit, wachsende Freiräume bei der Gestaltung des Arbeitsprogramms, stärkere Hinwendung zur "scientific community" und stärkere Orientierung an Kriterien wissenschaftlicher Qualität und Reputation, wobei aber die Relevanz für die öffentliche Diskussion und für politische Entscheidungsprozesse ein wichtiges Auswahlkriterium für die zu bearbeitenden Themen bleibt.

Die diesen Trend *bestimmenden Faktoren* sind vielfältig. Dazu gehören

- Veränderungen in den intellektuellen und politischen Grundströmungen, die bis in die 70er Jahre ein besonders günstiges Klima für den schwedischen Typ von Zukunftsstudien geschaffen hatten; zumindest zeitweilig deutlicher Rückgang des politischen Interesses an Zukunftsstudien;
- Verschiebungen in den politischen Machtverhältnissen;
- die Art, wie das Sekretariat in der Anfangsphase die ihm zugeordnete Doppelrolle - Verbesserung der Informationsbasis für politische Entscheidungsprozesse einerseits und Förderung des öffentlichen Problembewußtseins und der Beteiligung der Öffentlichkeit an der Diskussion über mögliche Zukünfte andererseits - wahrnahm;
- das gelegentliche Umgehen eingefahrener Beurteilungs- und Genehmigungsprozeduren des Regierungsapparats durch das Sekretariat;
- die "unbequemen" Ergebnisse bestimmter Studien des Sekretariats.

Das neue Institut für Zukunftsstudien hat einen guten Start gehabt und scheint *zur Zeit* auf relativ breite Akzeptanz zu stoßen. Wie gut die langfristigen Überlebenschancen dieses Instituts sind, läßt sich heute noch nicht beurteilen. Dies wird vor allem davon abhängen, ob *auf lange Sicht* die Unterstützung einflußreicher politischer und sonstiger Akteure gewonnen werden kann.

Anmerkungen

- 1 Pressemitteilung des Cabinet Office vom 4. Mai 1971, zitiert nach: To Choose a Future, Royal Ministry for Foreign Affairs and Secretariat for Futures Studies, Stockholm 1974, S. 9
- 2 Ebd.
- 3 Glimell/Laestadius 1987, S. 635
- 4 Wittrock et al. 1985, S. 47.
- 5 Glimell/ Laestadius 1987, S. 640 ff.
- 6 ebd., S. 643 f.
- 7 Wittrock et al. 1985
- 8 Wittrock et al. 1985, S. 73
- 9 Glimell/Laestadius 1987, S. 644
- 10 Ebd.
- 11 Ebd., S. 645
- 12 Ebd., S. 645 ff.
- 13 Ebd., S. 648.
- 14 Andersson 1989, S. 2
- 15 Frau Sandberg-Fries war Mitglied der Commission on Futures Studies und ist Mitglied des Präsidiums des Institute for Futures Studies
- 16 Insgesamt günstig wird die Zukunft des Instituts auch durch den Head Secretary des Swedish Council for Planning and Coordination of Research (FRN), Prof. Hans Landberg, beurteilt. Eher zurückhaltend ist dagegen offenbar die Einschätzung von Vertretern des Ministry of Industry: die Arbeiten des Instituts (bzw. früher des Sekretariats) seien zu global und zu langfristig, um für Bedürfnisse des Ministeriums unmittelbar von Nutzen zu sein.